



Bildungspolitik aktuell: Wehrpflicht trifft auf Ausbildungsplatzabgabe

Sofern der Bundesrat zustimmt, werden mit dem neuen Wehrdienstgesetz ab dem kommenden Jahr alle männlichen Jugendlichen der Geburtsjahrgänge 2008 und jünger zur Musterung eingeladen. Die Wehrpflicht bleibt zunächst freiwillig, kann aber bei Bedarf verpflichtend werden. Parallel plant der Berliner Senat eine Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen. Beide Maßnahmen treffen auf einen Ausbildungsmarkt, der bereits heute von Versorgungs- und Passungsproblemen geprägt ist.

VERSCHÄRFUNG DES BEWERBERMANGELS

Mit der Wehrpflicht werden potenzielle Bewerber dem Ausbildungsmarkt vorübergehend entzogen. Das betrifft insbesondere die Altersgruppe der heute 15- bis 17-Jährigen, von denen laut Zensus in Berlin rund 50.640 männliche Jugendliche leben. Viele könnten ihre Ausbildungsentscheidung zunächst zurückstellen, um Wehrdienst zu leisten. Für die Unternehmen bedeutet das: Der ohnehin knappe Bewerberpool wird gerade zu Beginn der Umsetzung weiter kleiner – die Besetzung offener Ausbildungsplätze wird damit erschwert.

MATCHING IST DIE GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG

Im vergangenen Ausbildungsjahr konnten rund 40 Prozent der Berliner Ausbildungsbetriebe nicht alle Ausbildungsplätze besetzen. Bei knapp zwei Drittel der betroffenen Unternehmen lagen keine geeigneten Bewerbungen vor. Trotz hohen Engagements der Betriebe zeigt sich damit vor allem ein Passungsproblem zwischen Anforderungen der Unternehmen und Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber.

SYSTEMISCHE ANPASSUNGEN SIND NOTWENDIG

Wenn der Bewerberpool temporär schrumpft, müssen Übergänge an den Schnittstellen verlässlich funktionieren. Dazu gehört, die Bundeswehr als Akteur früh einzubinden – insbesondere für den Rückweg aus dem Wehrdienst in Ausbildung. Erforderlich sind abgestimmte Prozesse zwischen Schulen, Bundeswehr, Berufsberatung und Betrieben sowie entsprechende Entscheidungen in den zuständigen Gremien, damit Informations-, Beratungs- und Vermittlungsketten bruchsticher werden.

MOTIVATION UND BASISKOMPETENZEN SICHERN

Notwendig sind die Sicherstellung und der Ausbau der beruflichen Orientierung an Schulen, halbjährliche Ausbildungsstarts an Berufsschulen sowie Brückenprogramme während des Wehrdienstes, die die Motivation zur weiteren Ausbildung und notwendige Basiskompetenzen erhalten. So kann die Wehrpflicht zu einem Baustein der Orientierungsphase werden, ohne den Fachkräftestrang dauerhaft zu unterbrechen – und Unternehmen gewinnen verlässlich nachrückende Azubis.

AUSBILDUNGSPLATZABGABE IST DAS FALSCHES SIGNAL

Ihre Einführung würde zeitlich mit dem Start der neuen Wehrpflicht zusammenfallen und damit auf einen ohnehin ausgedünnten Bewerbermarkt treffen. Der Bewerberpool dürfte sich durch die Wehrpflicht weiter verkleinern, während Betriebe zusätzlich belastet würden, obwohl sie keine Bewerbungen auf ihre Ausbildungsplätze erhalten. Hinzu kommt: Junge Erwachsene, die sich für eine sechsmonatige Wehrpflicht entscheiden, verpassen entscheidende Anschlussmöglichkeiten in Ausbildung und Studium. Jährliche Starttermine für Ausbildungsplätze können in dieser Zeit nicht wahrgenommen werden. Dadurch entstehen Leerlauf und Brüche in den Bildungsverläufen und verschärfen so den Bewerbermangel zusätzlich.

LINK

[Rechner zur Ausbildungsplatzabgabe](#)

ANSPRECHPARTNERIN

Sandra Theede

Telefon: +49 30 31510-829

E-Mail: sandra.theede@berlin.ihk.de